

antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 81

Oktober 2013

Eindrücke von der Landesdelegiertenkonferenz der VVN/BdA



Versammlungsleitung (von links): Marianne Wilke, Hartmut Büchsel, Wittigo Stubbe

Eine eindrucksvolle Bilanz der zurückliegenden Wahlperiode zog der bisherige Landesvorstand der VVN-BdA Schleswig-Holstein auf seiner Landesdelegiertenkonferenz am 12. Oktober 2013 in Neumünster. Politische Schwerpunkte waren der Kampf gegen Neofaschismus in Schleswig-Holstein, die dritte Phase der „no.npd-Kampagne“, die Friedensarbeit der Organisation und nicht zuletzt die Erinnerungsarbeit vor Ort in den verschiedenen KZ-Gedenkstät-

bände und Institutionen. Ausdrücklich begrüßten die Delegierten die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH), deren Vorsitzende Uta Körby am Nachmittag zu den Delegierten über die gegenwärtige Situation der Gedenkstätten und deren Perspektiven sprach. Sie begrüßte das offensichtliche Bemühen der neuen Landesregierung und besonders der Ministerin Anke Spoorendonk vom

SSW, diese Arbeit in Zukunft stärker zu unterstützen. In den Gedenkstätten sei trotz mangelnder Förderung durch die CDU FDP-Regierung viel ehrenamtliche Arbeit geleistet worden. Es sei aber nach

Meinung der LAGSH notwendig, diese Arbeit künftig durch hauptamtliche Kräfte zu stärken. „Neben dem Ehrenamt muss das Hauptamt stehen“, sagte sie. Uta Körby sprach von einem neuen Gedenkstättenkonzept, das zusammen mit allen interessierten Kräften erarbeitet werden solle. Dabei gelte es, sich nicht nur die Vergangenheit aufzuarbeiten sondern sich auch der Gegenwart zu stellen und zu berücksichtigen, dass sich die Formen der Arbeit verändern. Ihr besonderer Wunsch sei es, die Zusammenarbeit mit den Schulen zu verbessern.

In der Diskussion zum Rechenschaftsbericht und den Ergänzungen durch den Landesvorsitzenden Hartmut Büchsel zu aktuellen politischen Ereignissen spielte die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer mit mehr als 300 Toten eine besondere Rolle. Hartmut Büchsel wandte sich gegen den Begriff „Tragödie“, als ob es sich um ein Naturereignis gehandelt habe. In Wirklichkeit handele es sich um die Politik der Abschottung und Abschreckung durch die EU, in der Deutschland eine wesentliche Rolle spiele. Der VVN-BdA-Landesvorsitzende wies darauf hin, dass Rassismus ein Bestandteil des Neonazismus sei. Dieses Problem werde auch in der Neofaschismus-Ausstellung dargestellt, die in 15 Orten Schleswig-Holsteins gezeigt worden sei.

Neben mehreren Delegierten äußerte sich zu diesem Thema auch Mathäus Weiß, Vorsitzender der Landesvereinigung der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein. Er wies auf den menschenfeindlichen Umgang mit den Roma in mehreren EU-Ländern hin. Zum Teil würden sie wie in Kon-



Gäste der Konferenz: Matthäus Weiß, Landesvorsitzender des Verbandes Deutscher Sinti und Roma und Peter Stoltenberg, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

ten von der Landesgrenze Hamburgs bis nach Ladelund und Husum / Schwesing. Diese umfangreiche Arbeit fordert eine Vernetzung der unterschiedlichen antifaschistischen Gruppen, Ver-



Überbrachte Grüße: Uta Körby, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten Schleswig-Holstein im Gespräch mit Rainer Beuthel (Eckernförde)

zentrationslagern der Nazis hinter Stacheldraht eingesperrt. Mathäus Weiß betonte die gute Zusammenarbeit seiner Landesvereinigung mit der VVN – BdA und bedankte sich in diesem Zusammenhang besonders bei der Ehrenvorsitzenden Marianne Wilke, mit der er seit 20 Jahren immer engen Kontakt gehalten habe.

Grüße ihrer Parteien überbrachten der neue Landesvorsitzende von Bündnis 90/Grüne, Peter Stoltenberg und

Christian Koberg nahm in doppelter Funktion an der LDK als Vertreter der Kreisvereinigung Kiel teil. Er wies in seinen Begrüßungsworten auf die Tradition der Kommunisten im Widerstand gegen den Faschismus hin. Nach wie vor sei die Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln die Aufgabe der antifaschistischen Bündnisse, in denen Kommunisten aktiv mitarbeiten.

Auf Antrag von Rolf Burgard (Nordfriesland) fasste die Landesde-

legiertenkonferenz einstimmig den Beschluss, als Landesvereinigung den Aufruf von Kulturschaffenden „Lampedusa – Wir klagen an“ zu unterzeichnen. Darin wird festgestellt, dass die Behandlung von Flüchtlingen in Deutschland menschenunwürdig und menschenverachtend ist. Gefordert wird die sofortige Abschaffung von Frontex, ein Stopp der Abschiebungen und offene Grenzen für Menschen in Not.

Als Gast herzlich begrüßt wurde Thomas Wilms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, der zum Thema „Neue Herausforderungen in der Geschichtspolitik“ interessante Ausführungen vortrug.

Bei den Wahlen wurde Hartmut Büchsel (Eckernförde) für weitere zwei Jahre zum Landesvorsitzenden gewählt, ebenfalls einstimmig wurde Jens Wilke aus Wedel als Stellvertreter Landesvorsitzender in seinem Amt bestätigt. Beisitzer wurden Wittigo Stubbe und Dr. Jürgen Brüggemann (beide Elmshorn), Landeskassiererin blieb Anne Hecker (Flensburg).

burgs Senat täte gut daran, auf diese Jugend stolz zu sein, denn sie befindet sich im Einklang mit dem traditionellen Anspruch Hamburgs, eine weltoffene Stadt zu sein.

Kommentar

Asylpolitik – von Weltoffenheit keine Spur

Hamburg tut sich viel darauf zugute, eine weltoffene Stadt genannt zu werden. Aber der Senat unter dem sozialdemokratischen Bürgermeister Olaf Scholz unternimmt derzeit alles, um diesen Ruf der Hansestadt zu verspielen. Anlass ist der massive Polizeieinsatz gegen 300 Kriegsflüchtlinge aus Libyen, die es geschafft haben, über das Mittelmeer die italienische Insel Lampedusa zu erreichen und von Italien aus nach Deutschland weiterzuziehen. „Wir hatten nie die Absicht, nach Europa zu kommen, aber NATO-Bomben zwangen uns zur Flucht aus Libyen“, betonten die Sprecher der 300 Flüchtlinge, die seit Monaten in Notunterkünften am Hauptbahnhof und in der St. Pauli-Kirche leben. In ihrer Erklärung formulierten sie den einfachen, für jeden Menschen verständlichen, schwergewichtigen Satz: „Wir wollen endlich ein normales Leben führen.“ Aber der Senat der „weltoffenen“ Stadt will

diese Menschen nicht aufnehmen. Er will sie abschieben. Deshalb veranstaltet die Hamburger Polizei eine regelrechte Jagd auf Menschen mit dunkler Hautfarbe, die sich „illegal“ in der Stadt aufhalten. Die Menschen wurden gegen ihren Willen registriert und erkennungsdienstlich behandelt. Der Senat unter Führung von Bürgermeister Olaf Scholz, der übrigens Stellvertreter SPD-Vorsitzender ist, zeigt sich unerbittlich. Er verbot der Kirche das Aufstellen von Heizkörpern in der Notunterkunft und drohte den Pastoren mit Strafen, wenn sie ihren humanitären Einsatz fortsetzten. Das wiederum hat den stellvertretenden Bischof der Nordkirche, Propst Karl-Heinrich Melzer aus Lübeck auf den Plan gerufen, der unmissverständlich erklärte: „Wer jetzt von unserer Kirche erwartet, sie solle die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge einstellen, verlangt zuviel.“

Das Kirchenasyl der St. Pauli-Kirche findet mittlerweile immer mehr Unterstützung in der Bevölkerung. Ein Beispiel unter vielen ist die Tatsache, dass die Schülervertretung der St. Pauli-Schule den Flüchtlingen ihre Turnhalle als Nachtlager anbot. Ham-

burgs Senat täte gut daran, auf diese Jugend stolz zu sein, denn sie befindet sich im Einklang mit dem traditionellen Anspruch Hamburgs, eine weltoffene Stadt zu sein.

Aber der Senat folgt unerbittlich der mörderischen Asylpolitik der EU und der bisherigen deutschen Bundesregierung, noch stärkere Mauern um die Festung Europa zu ziehen. Ganz gleich, ob es sich um Kriegsflüchtlinge aus Afrika handelt oder um Menschen, die vor Hunger den verzweifelten Versuch machen, mit seeuntauglichen Booten das Mittelmeer zu überqueren: Wer nicht schon unterwegs abgefangen wurde, soll deutschen Boden schon gar nicht betreten. Ohne Rücksicht auf Verluste.

Schützenhilfe erhielt der SPD-Senat von der Hamburger CDU, die den St. Pauli-Pastor Wilms attackierte. Die Kirche müsse ihre Rolle überdenken. „Solange die Kirchengemeinde St. Pauli den Eindruck erweckt, dass ihr Gelände ein rechtsfreier Raum ist, wird es keine konstruktiven Lösungen für die Flüchtlinge geben“, sagte ein Sprecher der CDU. Der Landesvorsitzende der Partei machte die Kirche sogar für Eskalationen der Gewalt mit-

verantwortlich. Die Große Koalition funktioniert offensichtlich schon bevor sie offiziell beschlossen worden ist. Sozialdemokraten, die in Hamburg noch für die Aufnahme der 300 Flüchtlinge eintreten, ahnen vielleicht schon,

dass sie mit Schuld sein werden, wenn noch mehr Menschen als bisher im Mittelmeer ertrinken. Die 357 Ertrunkenen vor Lampedusa waren ja nicht die einzigen Toten zwischen Afrika und Europa. Und sie werden nicht die

letzten sein, wenn die Politik der Abschottung, Abschreckung und des Rassismus nicht endlich beendet und von einer gerechten und menschlichen Politik abgelöst wird.

Günther Wilke

NPD bekommt wieder Wahlkampfkosten vom Staat

In der Wahlanalyse der Bundestagswahl fehlt in den Medien das Abschneiden der NPD fast völlig. Dabei hat sie bundesweit immerhin noch 634843 Erst- und 560000 Zweitstimmen erreicht. Das macht bei den Erststimmen 1,5% und bei den Zweitstimmen 1,3% aus.

Zwar kam die Partei nicht in die Nähe einer Vertretung im Bundestag, kann aber weiter auf eine Wahlkampfkostenerstattung durch den Staat rechnen. Diese beträgt 0,70 Euro für jede abgegebene gültige Stimme.

Besonders empörend ist diese Zuwendung aus Steuergeldern, wenn man sich vor Augen führt, mit welchen Parolen die Nazipartei im Wahlkampf aufgetreten ist. Greifen wir nur eine heraus: „Mehr Geld für Oma statt für Sinti und Roma“. Obwohl sofort von verschiedenen Seiten Straf-

anzeige wegen Volksverhetzung erstattet wurde, blieben die NPD-Plakate bis zum Tag der Bundestagswahl stehen.

Ohne Folgen für die NPD blieben auch die Briefe des so genannten „Heimführungsbeauftragten“ der NPD an Bundestagskandidaten mit ausländischen Wurzeln, die aufgefordert wurden, Deutschland zu verlassen, weil sie die „ethnische Gruppe der Deutschen“ manipulierten. In Berlin beispielsweise sah der Polizeipräsident vor dem Innenausschuss des Abgeordnetenhauses nach Prüfung der Briefe „keinen Handlungsbedarf“.

So kann man sich erklären, dass im Berliner Wahlbezirk Hellersdorf, der in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft liegt, 10,2 Prozent der Wählerstimmen für die NPD abgegeben wurden. Die Zeitung „Junge Welt“ weist

auf das Abschneiden der Nazipartei in Sachsen hin, wo sie mit 3,3 Prozent landesweit vor FDP und Piraten landete.

In einer Bilanz des Bundestagsuntersuchungsausschusses zur NSU-Affäre warnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy vor einer Unterschätzung der rechten Szene. „Rechtsextremismus ist Realität in Deutschland, diese Realität darf nie als Normalität akzeptiert werden“, sagte Edathy auf einer SPD-Veranstaltung in Uetersen (Kreis Pinneberg).

Man darf gespannt sein, ob im November der Verbandsantrag des Bundesrats gegen die NPD veröffentlicht wird. Ursprünglich war sollte der Antrag schon im Frühjahr gestellt werden.

Wi

Antifaschistische Prominenz zu Gast auf dem Wasserturmfest der DKP in Elmshorn

Ende August fand in Elmshorn das alljährliche Wasserturmfest der DKP statt.

Wie in jedem Jahr ist der politische Höhepunkt eine Podiumsdiskussion / Talkrunde mit häufig bekannten und interessanten Teilnehmern. In diesem Jahr war das Thema „Integration und Rassismus“. Die Talkrunde, geleitet von Wittigo Stubbe (VVN Elmshorn), war in diesem Jahr besonders prominent besetzt.

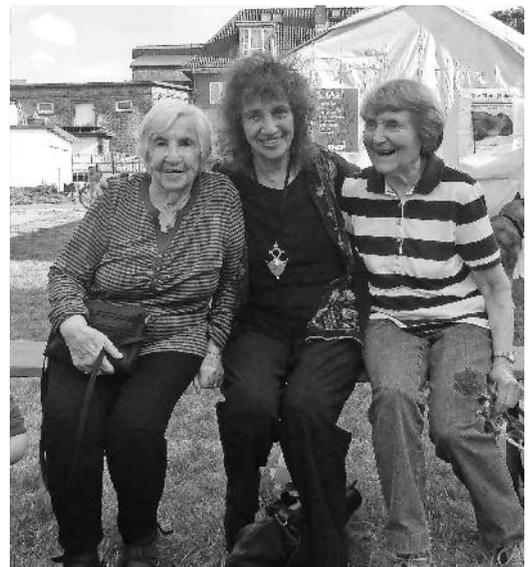
Unsere Kameradinnen Esther Bejarano, international bekannte Antifaschistin und Zeitzeugin (sie musizierte im Mädchenorchester Auschwitz),

Peggy Parnass aus Hamburg, prominente Gerichtsreporterin der 60er und 70er Jahre und Zeitzeugin als

Verfolgte des Naziregimes und Marianne Wilke, unsere VVN Ehrenvorsitzende in Schleswig Holstein, diskutierten mit der Koordinierungsbeauftragten für Integration der Stadt Elmshorn Alegra ..., einem Mitglied der Elmshorner Antifa sowie Stefan „Schmidl“ Schmidt von der Oma-Körner Band, der sich in Norderstedt um eine Sintifamilie aus Serbien kümmert, die von Abschiebung bedroht ist.

Zahlreiche Zuhörer verfolgten die spannenden Gespräche

Jens Wilke



Auf dem Foto von links nach rechts: Esther Bejarano, Peggy Parnass, Marianne Wilke

Flensburg: Mahnmal für die Opfer des Naziregimes

Am 1. September 2013, dem Antikriegstag, wurde unter Teilnahme der Kulturministerin Anke Spoorendonk und der Stadtpräsidentin Svetlana Krätzschmar vor dem Polizeipräsidium in Flensburg, dem ehemaligen Sitz der Gestapo, das Denkmal zur Erinnerung an alle Opfer des Naziregimes in Flensburg eingeweiht.

Es hatte lange gedauert und bedurfte mehrerer Anläufe. Bereits in den 80er Jahren gab es erste Überlegungen. Auf Antrag der SPD unternahm der Kulturausschuss 2009 einen neuen Anlauf.

Schwierigkeit bereitete die Festlegung des Standortes für das Mahnmal. Mitglieder im Ausschuss sprachen sich für die Freifläche vor dem Polizeipräsidium als den besten Platz aus. Die war aber bereits für die Aufstellung von drei Stelen zur Darstellung der Städtepartnerschaft Flensburg mit dem polnischen Slupsk und Carlisle in England verplant und stand nicht mehr zur Verfügung.

Mit dieser Festlegung konnte die VVN nicht einverstanden sein. Im Kulturausschuss legte sie dar, dass das Gestapo-Gefängnis im Hof des Polizeipräsidiums und ebenso das Gerichtsgefängnis im Südergraben eine Leidenstätte für viele Flensbur-

ger Nazigeegner war. Für etliche von ihnen führte der Weg weiter in die Konzentrationslager und für manche von ihnen in den Tod. Wenn wir heute ein Zeichen setzen wollen, in Gedenken an die Toten, um die Lebenden zu mahnen, dann ist das Polizeipräsidium Norderhofenden 1 als damaliger Sitz von Polizei, SS und Gestapo und somit die Zentrale des Naziterrors dafür der authentische Ort. Dem stimmte daraufhin auch der Kulturausschuss zu und die Stelen für die Städtepartnerschaft fanden ihren Platz vor dem Bahnhof.

Die Kunstkommission beauftragte im Sommer 2010 den Bildhauer Clemens Maximilian Strugalla in Wesel (Rhein-Lahn-Kreis) mit dem Projekt und der Vorgabe, sich an dem 1955 von Joseph Hebroni (1888 Jerusalem – 1963 Flensburg) geschaffenen Tonmodell einer Prometheus-Skulptur zu orientieren und auf Denkmalgröße umzusetzen.

Bei der Übergabe des Denkmals „Hebronis Prometheus – Versuch zu begreifen“ erklärte Strugalla im Polizeipräsidium:

„Meine Anregung war nun, der leicht überlebensgroßen Einzelfigur weitere Figuren hinzuzufügen, die den inhaltlichen Zusammenhang sowohl zur Biografie Hebronis als auch zum antiken Mythos des Prometheus Rechnung tragen und ebenfalls inhaltlichen können:

Joseph Hebroni musste als jüdischer Bildhauer in Paris während der Besetzung durch Nazideutschland sich vor den Häschern verstecken, in den U n t e r g r u n d abtauchen bzw. eine andere Identität annehmen, auch um seine Lebensgefährtin, die schon

1940 im Lager Gurs interniert worden war, nicht zu gefährden.

Prometheus, der Titan, hatte nicht nur gegen den Willen der Götter die Menschen aus einem Tonklumpen geformt; dieser Menschenschöpfer und Künstler hatte seinen Geschöpfen zusätzlich noch zur Zivilisation verholpen, indem er ihnen – gegen den Willen der Götter – das Feuer brachte. Der Ratsvorsitzende der Götter, Zeus, strafte Prometheus: er ließ ihn an den Kaukasus schmieden und alltäglich durch seinen Adler die immer wieder nachwachsende Leber heraushacken, bis endlich Herakles Prometheus von den Qualen und Ketten erlöste“.

In Strugallas Steinskulptur versucht Prometheus als dem Material Gestalt gebender Bildender Künstler den Stein zu umgreifen, seine mit freiem Willen ausgestatteten Geschöpfe zu begreifen, zu verstehen, zu berühren, – aber seine Linke greift ins Leere: Die Leiden, die die Menschen einander zufügen, sind nicht zu verstehen.

Strugalla fügte dem Prometheus eine fröstelnd trauernde, sich schämende weibliche Figur hinzu, wie auf Fotos der SS-Schergen zu sehen sind, die sie von nackten weiblichen KZ-Insassen gemacht hatten, die sich schamhaft zu verbergen suchten.

Des Weiteren eine gemarterte männliche Figur: im Stürzen und Scheitern, Trösten und Widerstehen.

Die dritte Figur, eine weibliche, versucht sich aufzurichten und vergeblich den Stürzenden zu stützen.

Dies sind Haltungen, die aufeinander bezogen, im Widerspruch miteinander verbunden sind.

Diese Opferfiguren weisen über den rechteckigen Rand der Skulptur in den realen Raum. Der Betrachter muss, um die Gesamtkomposition zu erfassen, den Steinblock umschreiten.

Die Skulptur aus rötlichem kaukasischen Muschel-Kalkstein hat eine Höhe von 2,35 Metern und ein Gewicht von 9,5 Tonnen. In den kubischen Sockel aus Klinkern ist ein Bronzeschriftband eingelassen mit dem Text „Im Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“.

Ludwig Hecker



Idee der Wedeler VVN-BdA-Gruppe lebhaft begrüßt:

Eindrucksvolle Gedenkstättenfahrt nach Husum-Schwesing



Viele Jahre lang unternahm die VVN-BdA im Kreis Pinneberg Busfahrten zu den KZ-Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. Vor allem ältere Kameradinnen und Kameraden interessierten sich für die Entwicklung der Erinnerungsarbeit und hatten zudem den Wunsch, sich nach einiger Zeit einmal wiederzusehen und das solidarische Gefühl zu spüren, das sie in der Vergangenheit miteinander verband. Dann wurde er Kreis der ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten des NS-Regimes nach und nach kleiner und den Organisatoren wurde es schwer, eine genügende Zahl Interessierter zusammenzubekommen. Die Gedenkstättenfahrten schiefen ein.

Das soll sich ändern. So jedenfalls nahmen es sich die Kameradinnen und Kameraden der Wedeler Gruppe vor. Sie beschäftigen sich seit Jahren zusammen mit dem Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit der Stadt Wedel mit der Aufarbeitung der Geschichte des Außenlagers Wedel des KZ Neuengamme. Immer wieder tauchte dabei die Frage auf: Wie läuft die Erinnerungsarbeit an den anderen Orten? Und so entschieden sich die Wedeler, das Interesse am eigenen Ort und im Kreis zu erkunden. Die

Rückmeldungen waren vielversprechend, und so kam nach Jahren wieder eine gemeinsame Busfahrt zustande. Ziel sollte Husum-Schwesing, wo es seit 1987 unter Federführung des Kreises Nordfriesland eine Gedenkstätte gibt. Seit Jahren gibt es einen Arbeitskreis KZ-Gedenkstätte Husum-Schwesing, in dem auch unser Kamerad Rolf Burgard mitarbeitet, der sich bereit erklärte, die Führung über das große Gelände zu übernehmen.

Husum-Schwesing und Wedel haben viel gemeinsam, denn sie waren beide Außenlager des KZ Neuengamme. Von den Nazis eingerichtet mit dem Ziel, einen „Friesenwall“ zu bauen, der das Vordringen der alliierten Truppen aufhalten sollte. In Wedel und in Schwesing mussten KZ-Häftlinge mit Schaufeln und Spaten bis zur völligen Erschöpfung Gräben ausheben, oft tief im Wasser stehend. Durch Hunger, Überarbeitung, Krankheiten und Misshandlungen kamen dort in drei Monaten mehr als 300 männliche Häftlinge ums Leben. Die Namen von 297 Toten sind bekannt. Ihre Namen werden in Schwesing aufgehoben. In Wedel sind 28 Namen von Opfern bekannt, die sechs Wochen lang in den Gräben der Sülldorfer Feldmark unter unmensch-

lichen Bedingungen arbeiten mussten.

Gemeinsam ist in Schwesing und Wedel der zögernde Umgang der Behörden und der Kommunalpolitik mit der Geschichte der KZ-Außenlager. Noch heute sind viele Tatsachen nicht bekannt. Bis 1983 behaupteten viele Einheimische in Schwesing, nichts von dem Grauen gewusst zu haben, das vor ihrer Haustür Häftlinge aus 14 europäischen Nationen erlitten haben.

Während es in Wedel nur Gedenksteine in der Rissener Straße nahe der Landesgrenze und auf dem Friedhof Breiter Weg gibt, verfügt Schwesing über ein großes Areal, das der Kreis Nordfriesland gekauft hat, um es als Gedenkstätte einzurichten. Über die Pläne gab es heftige Debatten im Kreistag, berichtete Rolf Burgard. Die Wedeler konnten den Bericht nachvollziehen, da sie eine lange Zeit brauchten, um Kontakte zur holländischen Gemeinde Putten zu knüpfen, aus der die SS alle männlichen Erwachsenen in KZ nach Deutschland verbrachte. Zehn von ihnen, deren Namen am Gedenkstein festgehalten wurden, starben in Wedel.

Die Informationsfahrt endete schließlich in Friedrichstadt, wo die ehemalige Synagoge und das städtische Museum besichtigt wurden. Darüber hinaus gab es noch genügend Zeit, bei einem Spaziergang durch die schöne Stadt Eindrücke und Erinnerungen auszutauschen. Genutzt wurde auch die Möglichkeit, sich kennenzulernen, denn unterwegs hatten sich noch Kameradinnen und Kameraden aus anderen Teilen des Landes der Gruppe zugesellt. Am Ende war man sich einig: die Fahrt hat sich gelohnt. Und auf der Landesdelegiertenkonferenz in Neumünster wurde von Delegierten ausdrücklich gewünscht, solche Busreisen künftig jedes Jahr zu organisieren. Zudem wurde die Notwendigkeit unterstrichen, die Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein besser zu vernetzen. Auch diesem Anliegen können solche Fahrten dienen.

Wi.

Anders als Du glaubst

Gut besucht war das beeindruckende Theaterstück „Anders als Du glaubst“ der Berliner Compagnie am 2. Oktober in der Christuskirche Pinneberg. Das Friedensnetzwerk Kreis Pinneberg hatte im Bündnis mit den Gewerkschaften dazu eingeladen – als verspätete Veranstaltung zum Antikriegstag am 1. September. Da wir im Kreis eine rege Bündniszusammenarbeit haben, ist die VVN-BdA sozusagen immer dabei.

„Ein Theaterstück über Juden, Muslime, Christen und den Riss durch die Welt“ heißt es im Untertitel, und einige Sätze aus der sehr interessanten Broschüre zum Stück zeichnen ein intensives Bild von Inhalt und Atmosphäre:

Ob unter dem Deckmantel der Religion machtpolitische oder wirtschaftliche Interessen ausgetragen werden, ob fanatische Gläubige aufeinander losgehen: Religion hält her für Terroranschläge, Eroberungen, Mord und Totschlag. Das ist die eine Seite.

Andererseits: Selbst wenn der Religion nur zugestanden wird, Seufzer der Kreatur zu sein, so ist sie doch auch Protest

gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Aufspaltung der Welt in arm und reich.

Eine fromme Muslima, eine gläubige Christin, ein gottesfürchtiger Jude, ein linker Atheist und ein eingefleischter Skeptiker. Ausgerechnet sie finden sich gemeinsam nach einem tödlichen Anschlag im postmortalen Niemandsland. Ist es die Vorhölle? Ist es der Weg ins Paradies? Natürlich streiten sie, wie auf Erden so im Himmel. Bis sie merken: Es gibt eine gemeinsame Aufgabe.

Und so machen sie sich auf. Eine abenteuerliche Reise führt sie zu den irdischen, menschen-gemachten Orten der Hölle. Denn wie steht es im Koran? „Allah verändert nicht den Zustand der Menschen, bis sie selbst ihren eigenen Zustand verändern.“

Stück wie Broschüre sind weniger an der theoretischen Auseinandersetzung über Glaubensinhalte, dafür umso mehr am (entwicklungs-) politischen Potential der Religionen interessiert. Grob gesagt: Wir möchten das u.E. notwendige radikale Infragestellen unserer gegenwärtigen Weltordnung nicht den Bombenlegern überlassen.

Der Einsatz für eine gerechte Welt-

wirtschaftsordnung will nicht die Almosen der Entwicklungshilfe ausschließen, eher schon sie langfristig überflüssig machen. Unhaltbare bzw. sündige Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse aufzudecken, etwa in der Handels-, der Agrar- oder der Klimapolitik und dabei die Konfrontation mit den Mächtigen nicht zu scheuen, liegt nicht nur auf der Linie der internationalen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung und der antikolonialen Befreiungsbewegung sondern folgt auch alter biblisch-prophetischer Tradition sowie dem Beispiel des Mekkanischen Mohammed.

Wenn das Haus brennt, stellen die Bewohner am besten ihre Meinungsverschiedenheiten zurück und konzentrieren alle ihre Kräfte auf das Löschen des Feuers. Wahrscheinlich kommen sie sich dadurch näher als durch unverbindliche Gespräche im Treppenhaus.

Diese Reise und das versöhnliche Ende, das aber keine einfachen Antworten gab, sondern zu Auseinandersetzung einlud, war bewegend, regte dazu an, sich weiter über die Themen zu informieren und machte Mut zum Engagement.

Mahnmal für 1001 ermordete Patientinnen und Patienten einer „Heilanstalt“ – nach über 68 Jahren

Zu einer eindrucksvollen Veranstaltung gestaltete sich auf dem Gelände der früheren Landesheilanstalt Neustadt i.H. und dem heutigen AMEOS-Klinikum am 24. Mai 2013 die Einweihung eines Mahnmals für 1001 ermordete Bewohner/-innen, die im Rahmen des sogenannten Euthanasie-Programms in der Zeit der Nazi-herrschaft umgebracht worden sind. Nicht in Neustadt wurden sie ermordet, sondern erst nach Bad Bernburg in Sachsen-Anhalt verschleppt. Dazu sprach abschließend Ute Hoffmann von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt: „Am 20. Mai 1941 gab es den ersten Transport in die Mordanstalt. Die Menschen starben dort in Gaskammern. Sie wurden ermordet!“ Neben diesem sehr detaillierten und erschütterndem Bericht hatte zuvor die im letzten Jahr gewählte Bürger-

meisterin der Stadt Neustadt i. H. Tordis Bartscheider (SPD) in ihrer Rede die sehr berechtigte Frage gestellt, warum erst nach 68 Jahren ein Mahnmal für Opfer der Naziwillkür aufgestellt worden ist. „Eine Antwort fand sie nicht“, schrieb dazu einen Tag später der Berichterstatter im Lokalteil der „Lübecker Nachrichten“ für Ostholstein. Zu Recht, meine ich. Fürchtete die Bürgermeisterin den Tag danach? Denn am 26.5. waren in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen. Doch die Leser der Zeitung der VVN-BdA wissen, dass der erste Kanzler der Bundesrepublik Konrad Adenauer einen Herrn Globke zu seinem Staatssekretär gemacht hatte, der zuvor in der Zeit des Faschismus der Kommentator der sog. Nürnberger Rassegesetzgebung war. Der Kalte Krieg begann bereits weni-

ge Zeit nach der Befreiung am 8. Mai 1945 mit verheimlichter Wiederausrüstung. Wehrpflicht, KPD-Verbot und Berufsverbote folgten auf Schritt und Tritt.

„Kann man die Vergangenheit ruhen lassen? Nein!“, sagte als weiterer Redner Benedikt Müller-Lucks, der Vertreter des Sozialministeriums der Kieler Landesregierung. Es gäbe aber ein Bedürfnis nach Verdrängung – dieses sei normal. Warum normal? Weil in Schleswig-Holstein kurz vor Kriegsende und danach die Reste der Verantwortlichen der NSDAP im nördlichsten Bundesland vermehrt Aufnahmen fanden? Wenige Zeit regierte von hier aus für kurze Zeit die Hitler-Nachfolger-Regierung des Admirals Dönitz, der später als Kriegsverbrecher verurteilt wurde.

Über die Verbrechen der Nazis wurde weitgehend geschwiegen. In den Schulen wurde in den ersten Jahren des Neubeginns kaum davon gesprochen. Erst die Aktivitäten der VVN-BdA und der örtlichen Initiativen wie der Cap-Arcona-Gedenkstätte in Neustadt-Pelzerhaken und anderen Orten an der Lübecker Bucht und die Berichte von Günther Schwarberg im „Stern“ klärten vor allem die nachwachsende Generation auf. Deshalb ist die Aktivität der Geschäftsleitung der AMEOS-Klinik (Betrieb eines Schweizer Konzerns) zu begrüßen. In den farbigen Anzeigen in den Regionalzeitungen warb AMEOS u.a. mit dem Text: „Damit ihr Tod und die Gräueltaten gegenüber psychisch kranken und behinderten Menschen nicht in Vergessenheit geraten, errichten wir auf dem Areal der AMEOS-Einrichtung in Neustadt ein Mahnmal“.

Auf der Stele steht:

„DEN TOTEN ZUM GEDÄCHTNIS – DEN LEBENDEN ZUR MAHNUNG“

Leider waren von den Verfolgten und Widerstandsorganisationen wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten keine Fahnen wie bei dem jährlichen Gedenken für die Cap-Arcona-Katastrophe zu sehen. Mehr als 100 Teilnehmer, Beschäftigte und Bewohner der Einrichtung sowie Besucher wie wir, waren anwesend. Einzig die Vorsitzende des Landesverbandes Nord des Deutschen Freidenker-Verbands legte einen Blumenstrauß nieder.

Wer mehr wissen möchte, kann sich das neu erschienene Buch von

Friedrich Ernst Struwe „Landesheilanstalt Neustadt in Holstein – Berichte aus den Jahren 1918 bis 1945“ kaufen. Struwe wuchs als Sohn eines Psychiaters auf dem Gelände der Anstalt auf. Es kostet 10 Euro und kann bei Ameos erworben werden. Weitere Infos unter 04561/6114501

USch



1. September Antikriegstag

„Hände weg von Syrien – Verhandeln statt bomben“

Wir reden von Frieden für Syrien!!

Wir reden von einem Friedensprozess für Syrien. Das ist die Mahnung des Antikriegstages am 1. September und die Mahnung des „Weltfriedenstag“ des „internationalen Tages für den Frieden“ der Vereinten Nationen am 21. September.

Wir verweigern uns der Medienkampagne, bei der es darum geht, die Bevölkerung für einen Krieg gegen Syrien zu gewinnen, in dem man die syrische Regierung für den Einsatz von Chemiewaffen verantwortlich macht, egal ob das stimmt oder nicht. Wo bleibt eine Kampagne für Friedensverhandlungen unter UN-Schirmherrschaft in Genf? Wo ist der „Großeinsatz“ für den Frieden von Obama und der deutsche Regierung? Wo werden die Länder, die den Krieg in Syrien finanzieren und die zahlreichen Kampfgruppen mit Waffen versorgen, angeklagt, wie Saudi Arabien, Katar, Türkei, Frankreich, Großbri-

tannien, Deutschland, USA, die durch ihre Einmischung in einen innersyrischen Konflikt einen Bürgerkrieg möglich machten? Wo bleibt eine Anklage gegen die Türkei, die in die kurdischen Gebiete hineinschießt um islamistische Kampfgruppen in ihrem Kampf gegen die Kurden zu unterstützen?

Auch jetzt wird nicht das Hauptaugenmerk darauf gelegt, wie man Frieden in Syrien erreichen kann. Im Gegenteil, man liefert immer mehr und modernere Waffen an die Kräfte, die die syrische Regierung stürzen wollen, auch Kräfte, die die Syrische Regierung stürzen wollen um ein noch schlimmeres Regime zu errichten.

Der Präsident der deutschen Sektion des auch in Syrien selbst fest verankerten oppositionellen „Nationalen Koordinationskomitees für Demokratischen Wandel“ (NCB), erhebt schwere Vorwürfe gegen die westliche Kriegscoalition. Demnach ist die Militarisierung des Konflikts ebenso in hohem Maße dem Westen anzulas-

ten wie das Scheitern von Verhandlungen (german foreign policy vom 29.8.2013). In einem Artikel der Jungen Welt vom 16.9.2013 beschreibt Christiane Reymann die Ziele dieser gewaltfreien, demokratischen, eher linken Opposition, die unter dem Dach des NCB in Syrien arbeitet. 16 Parteien plus weitere Gruppierungen und Einzelpersonen aus verschiedenen Spektren hoffen auf die die UN-Friedenskonferenz „Genf II“, die mehrfach verschoben wurde.

Wir fordern

- Die Beförderung der mehrfach verschobenen Friedenskonferenz für Syrien in Genf unter der Teilnahme aller Konfliktparteien
- Ein klares NEIN zu jeglicher Kriegsunterstützung und einen Stopp aller Kriegsdrohungen gegen Syrien
- Den sofortigen Rückzug der Bundeswehr und der Patriot Raketenabwehrsysteme aus der Türkei.
- Überflugrechte für militärische Maßnahmen der USA und Groß-



Termine

11.11. um 11.30 Uhr in Kiel
Gedenkveranstaltung am Mahnmal der ehemaligen Synagoge Goethestraße 13 Ecke Humboldtstraße

8.11. um 11 Uhr in Flensburg
Gedenkfeier auf dem jüdischen Friedhof (Friedenshügel) Enthüllung eines Gedenksteines

9.11. um 19 Uhr in Flensburg
Gedenkstunde, Bürgerhalle des Rathauses
„Die SHOA brennt in unseren Herzen“

10.11. um 12 Uhr in Flensburg
Nikolaikirche
„Am Morgen danach“
Musik und Zeitzeugnisse

8.11. um 18 Uhr in Lübeck
VHS Huxstraße 118-120
„Leonhard Frank – Eine Wiederentdeckung“

Referent: Gösta Beutin
9.11. in Neumünster
Stadtführung zu den Stolpersteinen (Uhrzeit bitte erfragen)

9.11. um 11 Uhr Elmshorn
Synagogen-Gedenkplatz Flamweg
Redner: Stadt Elmshorn
Für die VVN-BdA Dr. Jürgen Brüggemann

9.11. um 10 Uhr in Wedel
Gedenkstunde am Mahnmal Rissenner Straße 114 unterhalb des Lidl-Parkplatzes

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg [vvn-bda-flensburg@versanet.de]
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25 24536 Neumünster
- ▼ Kreis Pinneberg: Dr. Jürgen Brüggemann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn [juergen-christine@bruegge48.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäcker gang 4, 25719 Bartl
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

britannien abzulehnen, wie Österreich angekündigt hat

- Zu verbieten, dass die britischen und US-Militärbasen in Deutschland für einen Syrienkrieg benutzt werden

- Rüstungslieferung in den Nahen Osten zu stoppen. (Waffenlieferungen an Katar z.B. landen automatisch in Syrien, Mali oder Libyen).
Bernd Meimberg am 18.09.2013
VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Infostand zum Antikriegstag am 31.8.2013



Vi.S.d.P: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name:
Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von Euro*.
Adresse:
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.



Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.
BLZ 216 617 19, KNR 4 332 970